



Newsletter \*\*\* Newsletter \*\*\* Newsletter

Ausgabe: November 2005

— Petra Merkel, MdB

Liebe Newsletter-Leserin und -Leser

### **Was ist das für ein ereignisreiches Jahr für die SPD! erinnern Sie sich?**

— 2.2.2005: Die Bundesagentur für Arbeit gibt bekannt: Im Januar erstmals mehr als fünf Millionen Arbeitslose. 17.3.2005: In Schleswig-Holstein verfehlt Heide Simonis in tragischen vier Wahlgängen die Mehrheit. 22.5.2005: Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen haben den Stein ins Rollen gebracht. Die SPD erzielte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1954. Am Abend kündigten Müntefering und Schröder an, dass sie sich für Neuwahlen einsetzen würden.

1.7.2005: Bundeskanzler Schröder stellt im Bundestag die Vertrauensfrage.

21.7.2005: Bundespräsident Horst Köhler löst den Bundestag auf und setzt Neuwahlen an.

25.8.2005: Das Bundesverfassungsgericht urteilt über zwei Klagen von Bundestagsabgeordneten, die die Entscheidung Köhlers zugunsten von Neuwahlen als verfassungswidrig darstellen. Die Richter weisen die Klagen ab. Damit ist der Weg für die Wahl am 18. September endgültig frei. Es folgt ein intensiver, kurzer, inhaltsreicher Wahlkampf!

Dann die Wahlen am 18.9.2005 mit folgendem Ergebnis:

#### **Bundestag (Zweitstimmen)**

SPD: 34,2%; CDU: 27,8%, CSU: 7, 4%, GRÜNE: 8,1%, FDP: 9,8%, Die Linke.: 8,7%; Sonstigen: 4,0%.

**Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf.(Erststimmen/Zweitstimmen)** SPD 44,0% / 32,0%, CDU 33,6% / 27,3%, Grüne 11,1% / 19,4%, FDP: 5,5% / 12,3%, Die Linke 4,5% / 5,8%, Sonstige 1,4%

Doch damit nicht genug: Am 31.10.2005 kündigt Franz Müntefering nach einer Abstimmung im Bundesvorstand zu Gunsten von Andrea Nahles als künftige Generalsekretärin statt seines eigenen Wunschkandidaten an, nicht mehr als Vorsitzender der SPD zu kandidieren.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Am 15.11.2005 wird mit 99,4 % der Stimmen auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe Matthias Platzeck zum neuen Bundesvorsitzenden der SPD gewählt. Heute, am 18.11.2005, ist der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und der SPD unterzeichnet worden. Es ging wirklich Schlag auf Schlag. Ich bedaure immer noch, dass Gerhard Schröder als Bundeskanzler nicht wieder gewählt wurde. Weder eine "Ampel" noch "Jamaika" waren realisierbar. Und jetzt eine große Koalition, die die Aufgabe hat, große Probleme zu lösen. Ein Bündnis auf Zeit, „keine Liebesbeziehung. Es ist eine ganz nüchterne Zweck Ehe“, wie Matthias Platzeck zu Recht sagte! Immerhin: Es gibt keine schwarze Republik, die in ein konservatives Gesellschaftsbild zurück fällt! Das werden wir Sozialdemokraten verhindern!

Ihre Petra Merkel

*Zu Ihrer Information finden Sie im Anhang eine Zusammenfassung der Koalitionsvereinbarung. Die gesamte Koalitionsvereinbarung schicke ich Ihnen gerne zu, bitte wenden Sie sich an mein Büro.*

\*\*\*\*\*

### **Aus dem Bundestag**

\*\*\*\*\*

Vor zwei Monaten fanden die 16. Bundestagswahlen statt. Zwei Monate später wurde heute die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU/CSU im Paul-Löbe-Haus unterschrieben. Die designierte Kanzlerin Angela Merkel (CDU), CSU-Chef Edmund Stoiber und der neue SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck hielten kurze Ansprachen, bevor der Vertrag unterschrieben wird. Neben den drei Parteichefs wurde der Vertrag auch von CSU-Landesgruppenchef Michael Glos, dem künftigen Vize-Kanzler Franz Müntefering (SPD) und SPD-Parteivize Elke Ferner unterzeichnet. Am kommenden Dienstag, den 22. November ist die Wahl der Bundeskanzlerin durch das Parlament vorgesehen.

### **INHALTE DES KOALITIONSVERTRAGES:**

Der Koalitionsvertrag ist nun also unter Dach und Fach. Die Handschrift der SPD ist deutlich sichtbar.

### **BEREICH FAMILIE, KINDER, JUGENDLICHE UND SENIOREN:**

Kinder und Familien werden auch weiterhin von einem Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote profitieren. Die Herkunft eines Kindes darf nicht länger über seine Bildungs- und Lebenschancen entscheiden. Deshalb führen wir den mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) begonnenen quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung und das Investitionsprogramm des Bundes für mehr und bessere Ganztagschulen fort.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Das bisherige Erziehungsgeld wird ab 2007 in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umgewandelt. Dadurch stellen wir sicher, dass Familien nach der Geburt eines Kindes ihren Lebensstandard halten können. Zwei der 12 Monate Gesamtbezugsdauer sind für Väter reserviert, die damit einen zusätzlichen Anreiz für die Inanspruchnahme von Elternzeit erhalten. Durch einen Sockelbetrag wird die finanzielle Absicherung derjenigen erreicht, die vor der Geburt nicht erwerbstätig waren. Zusammen mit den besseren Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige helfen wir damit insbesondere allein Erziehenden, selbst für sich und ihre Familien zu sorgen.

Alle Familien werden mit mehr Kinderbetreuungsplätzen, mehr Ganztagschulen und einem Elterngeld Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Bereits 2006 entwickeln wir den Kinderzuschlag weiter. Der anspruchsberechtigte Personenkreis soll erweitert werden. Damit wollen wir materielle Kinderarmut reduzieren. Der beste Schutz vor Armut ist jedoch die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben. Vor diesem Hintergrund haben wir uns vorgenommen, die Auswirkungen der "Hartz-Gesetze" speziell auch auf die Situation von Frauen zu prüfen und - soweit erforderlich - nachzubessern.

Auch den Auswirkungen des demografischen Wandels wurde durch die Koalitionspartner Rechnung getragen. Wir wollen die aktive Teilhabe älterer Menschen an Wirtschaft und Gesellschaft sowie das ehrenamtliche Engagement stärker fördern. Daneben müssen die sozialen Sicherungssysteme auch für die Zukunft verlässlich und gerecht gestaltet werden. Mit "Mut und Menschlichkeit", dem Motto unseres Regierungsbündnisses, werden wir Deutschland weiter voranbringen. Dafür brauchen wir auch eine breite gesellschaftliche Unterstützung - eine große Koalition für Familien, Frauen, Kinder, Jugendliche und Senioren.

## **HAUSHALT**

Zu den Vorwürfen des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Meister, zitierte ich hier aus einer Erklärung des stellvertretenden Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß:

Selbstverständlich wird die Bundesregierung auch für das Jahr 2006 einen verfassungsmäßigen Haushalt vorlegen. Die Verbindlichkeit des Haushaltsverfassungsrechts steht außerhalb jeder Diskussion.

Der Haushaltsentwurf 2006 wird den Anforderungen von Artikel 115 des Grundgesetzes (GG) genügen. Nach dieser Regelung dürfen im Regelfall die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten.

Eine Überschreitung der Regelgrenze ist aber dann verfassungsmäßig, wenn sie zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erforderlich ist. Die Bundesregierung wird daher, soweit bei der Aufstellung des Haushalts die Nettoneuverschuldung die Summe der Ausgaben für Investitionen übersteigt, ihren Darlegungspflichten im Rahmen des Artikels 115 GG in vollem Umfang nachkommen.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Im Übrigen wurden auch schon in der Vergangenheit Haushaltsentwürfe beschlossen, bei denen die Nettoneuverschuldung die Summe der Ausgaben für Investitionen bereits bei der Haushaltsaufstellung überstieg. Das ist - wie Meister das darstellt - also kein Novum. Herr Meister sollte nicht versuchen, die Legende von einer verfassungswidrigen Abschlussbilanz von Rot-Grün zu stricken. Das ist schlechter Stil. Es ist auch nicht richtig, wie Meister behauptet, dass es für den Bund objektiv unmöglich ist, für das Jahr 2006 einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen. Es ist aber wirtschaftspolitisch sehr wohl vernünftig, im Jahr 2006 höhere Kredite als Investitionen in Kauf zu nehmen, um die notwendige Stabilität für 2006 zu sichern und die erforderliche Dynamik für 2007 und damit einen nachhaltigen Aufschwung zu erzielen.

\*\*\*\*\*

Aus dem Wahlkreis

\*\*\*\*\*

### **Ansprache Petra Merkel, MdB am 9. November 2005**

*Am 9. November 2005 durfte ich eine Ansprache anlässlich des Marsches zum Gedenken an die Opfer der Novemberpogrome von 1938 halten. Vom Wittenbergplatz ging anschließend der Gedenkmarsch zur Jüdischen Gemeinde in der Fasanenstraße. Gerne nutze ich die Gelegenheit und gebe Ihnen hier meine Ansprache zur Kenntnis.*

„Sehr geehrte Mitglieder und Repräsentanten der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, sehr geehrte Damen und Herren,

heute sind wir hier, um die Erinnerung an den 9. November 1938 wach zu halten.

Wir erinnern an die Jahre vor dem 9. November 1938, und die Jahre nach dem 9. November, an die Entstehung der Rassenpolitik in Deutschland und an die Folgen Deutscher Politik in Europa. Wir erinnern an die vielen Millionen jüdischer Bürger, die das System der Nationalsozialisten systematisch verfolgt, aus dem Land getrieben und systematisch ermordet hat.

Auch 60 Jahre nach dem Ende dieses Systems, nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft nehmen Menschen an diesem Schweigemarsch teil, um sich zu erinnern und dagegen zu protestieren, auch wenn sie den 9. November 1938 **nicht** persönlich erlebt haben.

Ich bin eine von denen, die nach dem Krieg geboren wurden und die dazu beitragen wollen, dass Rechtsextremismus, Rassismus, und Antisemitismus keine Chance in unserem Land haben – nie wieder!!! Richtig – 60 Jahre sind eine lange Zeit. Doch 60 Jahre reichen nicht aus – wie wir erkennen müssen. Auch deshalb stehen wir hier, stehen wir heute erneut hier.



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wir stehen hier, weil in den letzten Wochen folgende Meldungen in den Zeitungen zu finden waren:

**Jüdisches Mahnmal mit schwarzer Farbe beschmiert** - Unbekannte haben am Montagabend das jüdische Mahnmal in der Levetzowstraße in Tiergarten mit schwarzer Farbe beschmiert... (Berliner Morgenpost)

**Jüdisches Denkmal geschändet** – Unbekannte haben das jüdische Denkmal in der Großen Hamburger Straße in Mitte mit Farbe beschmiert. (Berliner Morgenpost)

**Schon wieder antisemitische Schmierereien und Schmähungen** - ...gegen 20.00 Uhr stellten sich drei dreizehnjährige Jungen gegenüber der Synagoge auf und riefen Schmähungen, während in der Synagoge ein Gottesdienst stattfand...

Doch klagen reicht nicht aus – obwohl es richtig ist, die Gleichgültigkeit zu beklagen. Was in der Nachbarschaft passiert **müssen** wir wahrnehmen – und braucht die Auseinandersetzung...

Demonstrieren bleibt wichtig, das zeigt auch die Nachricht, die ich mit Genugtuung am letzten Sonnabend verfolgt habe, dass eine Demo der NPD in Potsdam durch eine starke Gegendemonstration nicht stattfinden konnte.

Was müssen wir tun?

Wichtig ist für mich als Politikerin, dass **wir alle** die Verantwortung für eine funktionierende Jugendarbeit in den Gemeinden und den Ländern erkennen und übernehmen müssen.

Deshalb müssen wir Bundesjugendprogramme z.B. wie Entimon, Civitas verstärkt nutzen, um Jugendliche zu beteiligen und demokratische Angebote gegen Rechtsextremismus setzen und „Gesicht zeigen“.

Politische Bildung muss einen festen und keinen beliebigen Stellenwert in unseren Länder- und Bundesetats haben. Und authentische Orte müssen bewahrt werden.

Wichtig ist, dass Bildung eine selbstverständliche Leistung des Staates – von der Kita bis zum Studium ist – die berufliche Ausbildung auch eine selbstverständliche Leistung der Wirtschaft ist. Und wichtig ist für mich, dass Solidarität statt Ausgrenzung gelehrt und vorgelebt werden – von Eltern, Familien, Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern.

Als besonderes positives Beispiel zitiere ich gern aus dem Schulprogramm der Beethoven-Oberschule in Steglitz:

"Auf der gesellschaftlichen Ebene fühlen wir uns insbesondere verpflichtet, der Ausländerfeindlichkeit in unserem Land offensiv zu begegnen, indem wir in dem Andersartigen das Bereichernde, nicht das Trennende sehen, indem wir neugierig sind und uns nicht abschotten. Wo Ausländerfeindlichkeit herrscht, sind Nazis jeglicher Spielart nicht weit. Wir betrachten es als ausdrückliche Aufgabe, faschistischen, nationalsozialistischen und rechtsextremen Erscheinungen und Tendenzen in unserer



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gesellschaft aktiv entgegenzuwirken. Basis dafür ist ein ehrlicher Umgang mit diesem Teil unserer Geschichte, ohne sie andererseits darauf zu reduzieren."

Und auch wir in der Politik gehören dazu und dürfen uns nicht verstecken, wenn Unverständnis über unsere Entscheidungen herrscht. Wir müssen eine Kultur der Auseinandersetzung pflegen, die demokratische Regeln befördert und nicht diskreditiert.

Was das mit dem 9. November 1938 zu tun hat?

Ich denke, sehr viel. Ich bin der Überzeugung, dass es möglich, ist aus Erfahrungen zu lernen – und damit auch aus der Geschichte zu lernen.

Im Ort der Information beim Denkmal für die ermordeten Juden Europas steht geschrieben:

„Es ist geschehen – und folglich kann es wieder geschehen...“ (Primo Levi)

Das ist Mahnung und Warnung für uns alle. Es darf sich nicht wiederholen!!!  
Weder hier bei uns , noch sonst an einem anderen Ort dieser Welt!

Wir alle haben die Aufgabe, Antisemiten in die Schranken zu weisen, jedes Anzeichen wahr zu nehmen und öffentlich zu machen, nicht wegzuschauen und uns dagegen zu stellen. Deshalb ist der heutige Schweigemarsch zum Gedenken an die Opfer der Novemberpogrome von 1938 auch nach 67 Jahren notwendig.

Vielen Dank, dass Sie da sind.“

## **POLITISCHER TAGESFAHRT DURCH BERLIN**

Als regelmäßige Leserin oder Leser meines Newsletters wissen Sie bereits, dass ich als Bundestagsabgeordnete mehrmals im Jahr die Möglichkeit habe, Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis zu einer vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisierten politischen Tagesfahrt einzuladen. Am 29. Oktober 2005 war es dann wieder soweit: 50 politisch Interessierte aus Charlottenburg-Wilmersdorf folgten meiner Einladung und nahmen an einer politischen Informationsfahrt durch Berlin teil.

Los ging es morgens an meinem Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80; von dort fuhren die Teilnehmer zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Hier nahmen wir an einer Führung durch die Gedenkstätte mit den 2711 unregelmäßig angeordneten Stelen teil. Anschließend hatte alle die Möglichkeit in eigener Regie den „Ort der Information“ zu besuchen, welcher sich unterirdisch, direkt unter dem ca. 19000 m<sup>2</sup> großen Stelenfeld, befindet.

Nach dem Mittagessen ging es dann in den Deutschen Bundestag, wo die Gruppe zunächst an einem Vortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals teilnahm. Im



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Anschluss an den Vortrag, der von der Geschichte des Hauses bis zur Sitzordnung im Deutschen Bundestag viele interessante Themen beinhaltete, fanden sich die Besucher im Reichstagsgebäude zu einer Diskussionsrunde mit mir ein. Nun gab es endlich die Gelegenheit, Fragen an mich zu stellen und über die aktuelle politische Situation zu diskutieren. Schnell kam es zu einem regen Gedankenaustausch und vielen guten Gesprächen.

Danach ließ ich es mir nicht nehmen und führte meine Gäste persönlich durch das Reichstagsgebäude. Dabei erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmern Einblicke in Teile des Hauses, die sonst für manche Besucher verborgen bleiben. Am Ende fanden wir uns zu einem gemeinsamen Erinnerungsfoto auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes ein. Begeistert und zugleich erschöpft ließen wir in einem Charlottenburger Restaurant diesen Tagesausflug beim gemeinsamen Abendessen ausklingen. Hier bot sich dann auch noch einmal die Möglichkeit miteinander ins Gespräch zu kommen.

\*\*\*\*\*

Dies und das

\*\*\*\*\*

## **LAUNCH DES ANNE FRANK WEBGUIDE**

Am Montag, den 7. November 2005, um 11.30 fand der Launch des Anne Frank WebGuide statt. Günther Jauch und Schülerinnen und Schüler der Sophie-Scholl-Oberschule Berlin präsentierten den europäischen WebGuide in der SAP Geschäftsstelle Berlin. Mit Internet-Site finden Schülerinnen und Schüler Informationen über Anne Frank und den Zweiten Weltkrieg. Der Anne Frank Guide hilft ihnen u.a., ein Referat vorzubereiten oder eine Hausarbeit zu schreiben. Sie finden hier Ideen für ein Thema und können Informationen und Fotos sammeln, die sie interessieren. (<http://www.annefrankguide.net/>)

## **FÜNFTKLÄSSLER IM BUNDESTAG**

Am Donnerstag, den 17.11.2005 besuchte mich die 5. Klasse der Ludwig-Cauer Grundschule im Deutschen Bundestag. Sehr interessiert waren die Schülerinnen und Schüler an meiner Arbeit als Abgeordnete, aber auch an Themen wie Kinderarmut, Rassismus oder Koalitionsbildungen. Anschließend gingen wir zur Kuppel des Reichstagsgebäudes, wobei ich die Gelegenheit hatte, den Schülern etwas über die Geschichte des Hauses zu erzählen. Nach dem abschließenden Gruppenfoto ging es für die Klasse dann wieder zurück zum Unterricht in die Charlottenburger Grundschule. Übrigens haben wir uns nicht zum ersten Mal getroffen: Die dreißig Mädchen und Jungen haben mich bereits im August an einem Info-Stand besucht. Die Klasse nimmt an einem Wettbewerb der Bundeszentrale für Politische Bildung teil, dessen Ziel es ist, junge Menschen mit der alltäglichen Arbeit von Politikerinnen und Politikern vertraut zu machen. Die Schüler werden unsere Gespräche nun zusammenfassen und eine 6-seitige Präsentation mit Fotos erstellen und diese bei der Bundeszentrale für Politische Bildung



**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

einreichen. Ich bin froh, dass ich meinen Beitrag dazu leisten konnte und wünsche ihnen viel Glück und Erfolg für den Wettbewerb!





**Petra Merkel (SPD)**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

\*\*\*\*\*

Termine

\*\*\*\*\*

## **DAS ROTE TUCH**

Am Sonntag, den 20. November 2005, wird bereits zum 24. Mal „DAS ROTE TUCH“, der Jugendmedienpreises des SPD-Landesverbandes und der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, verliehen. Diesjähriger Preisträger ist der Kölner ist der Kölner Künstler Gunter Demnig für sein Projekt „Stolpersteine“. Die Verleihung findet in der Schiller-Oberschule um 12.00 Uhr statt, die Laudatio hält Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin.

## **Eröffnung der Netd@ys Berlin 2005**

Am Montag, den 21. November 2005 eröffnet Petra Merkel, MdB, um 11.30 Uhr das Stadtfestival Netd@ys Berlin 2005. Das Stadtfestival findet 2005 zum achten Mal statt. Vom 21. bis zum 26. November 2005 finden über 200 Veranstaltungen in ganz Berlin statt. Der aktuelle Themenschwerpunkt heißt Berufsorientierung, Ausbildung und Jobsuche mit Hilfe der neuen Medien für mehr Menschlichkeit und Perspektiven.

## **DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE SPD**

Am Dienstag, den 22. November 2005, diskutiert Petra Merkel mit Burkhardt Thieman, Referent für Grundsatzfragen bei ver.di über das Thema „Die SPD und die Gewerkschaften nach dem 18.09.2005: Arbeitsmarktpolitik unter den Bedingungen von Hartz IV. Moderiert und organisiert wird diese Veranstaltung von den Abteilungsvorsitzenden Bernd Karl Vogel und Milan Neuhoff. Die Wahlkreisveranstaltung beginnt um 20.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum, Herbartstraße 25, 14057 Berlin.